

„Von Machtspielen und Eitelkeiten geprägt“

Grundschule Krainhagen: Schäfer schaltet Kommunalaufsicht ein / Bündnis 90/Die Grünen/„Wir“: Konzept erarbeiten

Die im Fachausschuss beschlossene Schließung der Krainhäger Außenstelle der Grundschule Obernkirchen beschäftigt weiterhin die Politik: Bürgermeister Oliver Schäfer hat die Kommunalaufsicht eingeschaltet, die SPD ihr Fraktionstreffen vor der Ratssitzung ohne Ergebnis beendet. Die Rats-„Opposition“ der Gruppe Bündnis 90/Die Grünen/„Wir“ fordert, sich auf die Erarbeitung eines Konzeptes für eine bedarfsgerechte Grundschule mit Ganztagesangebot zu konzentrieren.

Obernkirchen. Weil der Ortsrat Krainhagen der Verwaltung unterstellt hatte, mit „bewusst manipulierten und manipulierenden Zahlen“ zu arbeiten, hat Schäfer die Kommunalaufsicht eingeschaltet. Er müsse sich schützend vor seine Mitarbeiter stellen. Demonstrativer Applaus der Verwaltungsmitarbeiter begleitete die Ankündigung im Stadtrat.

Man brauche noch, um sich zu einer Stellungnahme zur Schließung durchzuringen, hatte Krainhagens Ortsbürgermeister Thomas Mittmann (SPD) den wartenden Journalisten vor der Ratssitzung mitgeteilt. Mögliche Ursache für die nicht erfolgte Meinungsbildung: SPD-Fraktionschef Wilhelm Mevert weilte noch im Urlaub.

Mit „Erschrecken“ hat dagegen die Gruppe von Bündnis 90/Die Grünen und „Wir“ festgestellt, „dass die nicht endende Diskussion um die Schließung der Grundschule Krainhagen von notwendigen Diskussionen über die Verbesserung von Bildungs- und Betreuungsangeboten im Elementarbereich gerade hier in Obernkirchen wegführt,“ erklärten Thomas Stübke, Irmhild Knoche und Bernd Kirsch am Sonntag in einer Presseerklärung: „Leider wird von einigen Ratsmitgliedern in einer engstirnigen Art und Weise an einem exklusiven und für die Stadt Obernkirchen kostspieligen Beschulungsangebot in Krainhagen festgehalten, ohne die Gesamtinteressen der Stadt wahrzunehmen zu wollen.“ Denn Obernkirchen sei eine Stadt mit einer sehr durchwachsenen Sozialstruktur: Gerade hier bestünden besondere Anforderungen, Kinder aus sozialschwachen Familien und aus Familien mit Migrationshintergrund zu fördern und zu betreuen und an der Verbesserung der Vereinbarkeit von Familie und Beruf zu arbeiten. Dazu würden gute und ganztägige Angebote im Kindergarten und in der Grundschule gehören. Statt mit Nachdruck an der Verbesserung der Bildungs- und Betreuungsangebote zu arbeiten und dort auch zu investieren, würden die Beteiligten in den Gremien immer wieder Zeugen einer Politik, die von Machtspielen und persönlichen Eitelkeiten geprägt sei, prangert das Trio an. Der Beschluss des Schulausschusses, in der Grundschule Obernkirchen ein bedarfsgerechtes Ganztagesangebot einzuführen, sei bei der Sitzung völlig untergegangen. Aber gerade hier werde es in der kommenden Zeit Aufgabe dieses Ausschusses sein, in Absprache mit dem Kollegium der Grundschule ein Konzept für die Ganztagsbeschulung zu erarbeiten, das sowohl Förder- als auch Freizeitangebote beinhalte, die sich am Bedarf und den Möglichkeiten der Stadt Obernkirchen orientieren würden.

Ein weiterer Arbeitsschwerpunkt sollte es sein, die Obernkirchener Kindergärten, die eine sehr gute Arbeit leisten und große Bereitschaft zeigen würden, die Bildungs- und Erziehungsqualität ihrer Einrichtungen zu verbessern und zu unterstützen, etwa bei der Einführung des letzten Kindergartenjahres als Brücke in die Grundschule, für das die Landesregierung von 2007 bis 2011 fünf Millionen Euro einsetzen wolle. Knoche, die im Fachausschuss für die Schließung stimmte: „Wir sind der Ansicht, dass die notwendigen Investitionen in der Grundschule Krainhagen – seien es 40 000 Euro als Minimalinvestition oder 300 000 Euro für eine Komplettsanierung – besser in die qualitative Verbesserung der genannten Einrichtungen gesteckt werden sollten. Davon würden alle Kinder profitieren, auch die Krainhäger.“ rnk